

Fluchtursache Klimawandel: Jetzt handeln!

Deutschland und Schweden nehmen vorbildlich hunderttausende Flüchtlinge auf, um eine humanitäre Katastrophe vor der eigenen Haustür abzuwenden. Auch Fluchtursachen sollten bekämpft und den Menschen vor Ort geholfen werden. Das ist das Ergebnis des Gipfels von Malta. Doch die Weltgemeinschaft muss sich auf noch mehr Flüchtlinge gefasst machen. Der Grund: Klimawandel und Erderwärmung vernichten die Lebensgrundlage für Millionen Menschen und werden weltweit zur Fluchtursache Nr. 1 (siehe Grafik).

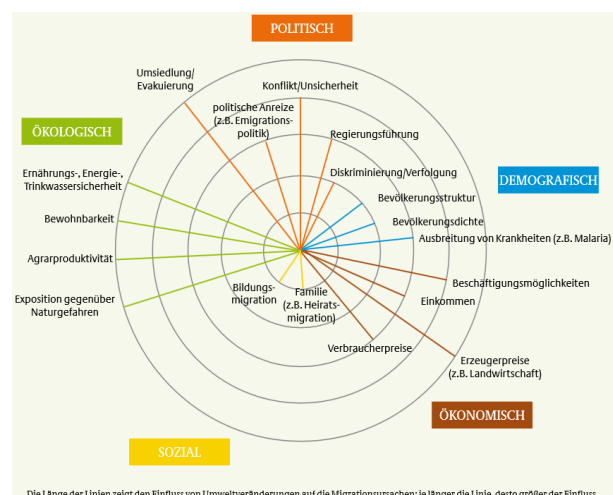
Nach Einschätzung der Weltbank droht sich die weltweite Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen bis zum Jahr 2030 um hundert Millionen zu erhöhen, wenn die Erderwärmung nicht gestoppt wird. Extrem arm ist, wer weniger als 1,76 € am Tag zum Leben zur Verfügung hat. Von anhaltenden Dürren wird dann vor allem Afrika betroffen sein. Dies hat gravierende Auswirkungen auf die Landwirtschaft und damit auch die Lebensmittelpreise dort. Bereits jetzt müssen die ärmsten Haushalte 60 Prozent ihres Haushaltseinkommens für Lebensmittel aufwenden. Armut und Verteilungskämpfe sind die Folgen wenn die natürlichen Lebensgrundlagen wegbrechen. Also höchste Zeit zu handeln.

Anfang Dezember kommen wieder einmal die Regierungsoberhäupter der ganzen Welt zusammen, um in Paris über ein neues Weltklimaabkommen zu verhandeln. Die Prognosen, ob es diesmal Erfolge zu vermelden gibt, reichen von düster bis optimistisch. Die Weltbank hat unlängst wegen der dramatischen Folgen der Erderwärmung vor einem Scheitern der Klimaverhandlungen in Paris gewarnt. Entscheidend wird also tatsächlich sein, ob es auf der Klimakonferenz in Paris im Dezember zu einem verbindlichen weltweiten Abkommen zur Reduktion von Treibhausgasen kommt, dass

den globalen Temperaturanstieg auf 2 Grad Celsius begrenzt.

Schon im Vorfeld der Weltklimakonferenz sollten die einzelnen Staaten Vorschläge machen, wie und in welchem Maße sie ihre Treibhausgase reduzieren wollen. Zählt man die bisher eingegangenen Vorschläge zusammen, würde dies einen globalen Temperaturanstieg von 2,7 Grad Celsius bedeuten. Die Bemühungen der Weltgemeinschaft genügen also noch lange nicht.

Scheitern die Klimaverhandlungen und einigt man sich nicht, wird also auch der Klimawandel in Zukunft Ursache von Flucht und Migration bleiben. Dann bedeutet dies auch für Deutschland, sich langfristig auf weitere Flüchtlingskrisen vorzubereiten. Es gilt also, den Schalter von „Krisenmodus“ auf „langfristige Problemlösung“ umzulegen. Unsere Forderung für Paris lautet daher, dass sich die Weltgemeinschaft auf ein gerechtes, verbindliches und allgemein anerkanntes Klimaabkommen einigt, das sicherstellt, dass das 2-Grad-Ziel auch eingehalten werden kann.



Quelle: Working Paper 45 Klimamigration, BMF 2012